Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 77 (1997)
Heft: 2

Rubrik: Dossier : der Markt als Wille und Ereignis

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Detmar Doering, *geboren 1957, studierte Philosophie und Geschichte an der Universität zu Köln und am University College London. Promotion 1989 im Fach Philosophie. 1980–1983 Gründungslandesvorsitzender der Jungen Liberalen in Nordrhein-Westfalen; 1990–1994 Referent für Ordnungspolitik und Grundsatzfragen bei der Friedrich-Naumann-Stiftung in Königswinter. Seit 1995 Stellvertretender Leiter (Bereich Wissenschaft) des Liberalen Instituts in Königswinter.*

Ein missachtetes Erbe

Zum 100. Geburtstag von Ludwig Erhard

Ludwig Erhard ist ein Glücksfall der deutschen Geschichte. Er ist der richtige Mann am richtigen Ort und zur richtigen Zeit, als er 1949 mit der Währungsreform eine Wirtschaftspolitik einleitet, die dem von Krieg und nationalsozialistischer Gewaltherrschaft in den Ruin getriebenen Deutschland (jedenfalls im Westen) einen Aufschwung beschert, der seinesgleichen sucht.

Das Wort, das man am meisten mit ihm verbindet, heisst «Wirtschaftswunder». Er selbst mochte dieses Wort überhaupt nicht. *«Wenn ich diesen Begriff ablehne, so deshalb, weil sich in Deutschland kein Wunder ereignet hat, sondern eine auf freiheitlichen Prinzipien begründete Wirtschaftspolitik»,* so sagt er es 1958 in einem Vortrag. Dass man *Ludwig Erhard* trotzdem bis heute meist als den «Vater des Wirtschaftswunders» bezeichnet, ist dabei noch die geringste Form der Missachtung seines Erbes. Sie kann und muss als ein Kompliment gesehen werden. Ludwig Erhard gehört zweifellos zu jenen grossen Staatsmännern der Gründungszeit der Bundesrepublik Deutschland, auf die man sich gerne und allerorten beruft. An das, was man sein grosses Erbe bezeichnen muss, knüpft man dabei eher selten an. Die Weisheit des Ludwig Erhard wird man in der heutigen deutschen Wirtschafts- und Sozialpolitik vergebens suchen.

Oppenheimers Schüler

Vor 100 Jahren, am 4. Februar 1897 wird Ludwig Erhard im süddeutschen Fürth geboren. Kein Geringerer als der grosse Ökonom und Soziologe *Franz Oppenheimer* ist sein Lehrer, bei dem er 1925 promoviert. Manche Biographen Erhards – so etwa *Volker Hentschel* in seinem im letzten Jahr erschienenen Buch «Ludwig Erhard: Ein Politikerleben» – veranschlagen Oppenheimers Einfluss auf Erhard und die Theorie der «Sozialen Marktwirtschaft» gering. Dies wird Oppenheimers Einfluss kaum gerecht. Von Oppenheimer stammt der zentrale Grundgedanke von Erhards späteren wirtschaftspolitischen Prinzipien, nämlich, dass der freie Wettbewerb als Kernelement einer gerechten Wirtschaftsordnung weder realisiert sei, noch «von alleine» entstünde. Ihn zu schaffen sei Aufgabe der Politik. Es war der Versuch, ein liberales (und staatskritisches) Credo mit sozialpolitischen Zielsetzungen zu einer Einheit zu verschmelzen.

Die Ökonomie, die er bei Oppenheimer lernte, soll auch weiterhin Erhards Leben bestimmen. 1929 beginnt er seine Arbeit beim Institut für Wirtschaftsbeobachtung in Nürnberg. 1942 wird er – ebenfalls in Nürnberg – Leiter des Instituts für Industrieforschung. Hier entwickelt er Konzepte über die Transformation der Kriegs-(plan-)wirtschaft in zivile Bahnen. Dieses Nachdenken über die «Nachkriegszeit» ist für viele liberale Ökonomen (z.B. *Walter Eucken*) ein Vehikel für die relativ gefahrlose Verbreitung von Ideen, die eigentlich mit dem Nationalsozialismus unvereinbar sind – verkappte Opposition sozusagen. Obwohl Erhard definitiv dem Nationalsozialismus stets ablehnend gegenübersteht und obwohl er auch mit führenden Personen des Widerstandes (etwa *Carl-Friedrich Gördeler,* für den er 1944 sogar ein wirtschaftspolitisches Dossier schreibt) be-

kannt ist, wäre es sicher übertrieben, Erhard als Widerstandskämpfer zu bezeichnen.

Der Weg zur Währungsreform

Immerhin: Die Tatsache, dass er stets nachweislich Distanz zum Regime *Hitlers* hält, empfiehlt ihn für das grosse Wiederaufbauwerk nach dem Sieg der Alliierten. Diese wissen dies zu schätzen. Ab Mai 1945 ist er als Berater der US-Besatzungsmacht in Wirtschaftsfragen tätig. 1945/46 leitet er gar die wirtschaftspolitischen Geschicke Bayerns. Auch die akademische Karriere geht ein wenig voran. In München bekommt er eine Honorarprofessur. Schliesslich, im Jahre 1948, wird er auf jene Position berufen, in der er das vollbringen wird, was seinen Namen berühmt macht: Er wird Direktor der Wirtschaftsverwaltung der britischen und amerikanischen Zone. Er muss sich im Wirtschaftsrat mit starken politischen Kräften auseinandersetzen, die Deutschlands Wiederaufbau planwirtschaftlich-sozialistisch betreiben wollen. Selbst bürgerliche Kräfte wie die neu formierte CDU sind von diesem Virus befallen; Rückhalt findet Erhard nur bei der liberalen F.D.P. Trotzdem gelingt es ihm, genügend Unterstützung zu finden, vor allem, weil er mit den Absichten der US-Besatzungsmacht grundsätzlich übereinstimmt. So kann Erhard am 20. Juni 1948 schliesslich die *Währungsreform* verkünden, die mit der *Deutschen Mark* wieder Geldstabilität einführt. Schon bald fallen die Preis- und Lohnkontrollen; die Wirtschaft beginnt «anzuziehen». Trotzdem muss er sich im November 1948 einem Misstrauensantrag im Wirtschaftsrat stellen, der allerdings knapp (52:42) abgelehnt wird. In einer Rundfunkansprache, die er am Tage darauf hält, verteidigt er sich gegen die Skeptiker, die meinen, dass die Marktwirtschaft mit solchen Übeln behaftet sei, dass nur planwirtschaftliche Mittel Abhilfe schaffen könnten: *«Auswüchse der Marktwirtschaft müssen mit marktwirtschaftlichen Mitteln bekämpft werden.»*

Politischer Werdegang eines «Unpolitischen»

Mit dem Jahr 1949 kehrt «Normalität» in das politische Leben (West-)Deutschlands ein. Das alliierte Militärregime wird durch die demokratischen Institutionen der neugegründeten Bundesrepublik ersetzt. Erhard erhält – obschon noch nicht Parteimitglied – über die Liste der CDU einen Sitz im Bundestag. Er wird Wirtschaftsminister im Kabinett *Adenauer*. Manche Beobachter sind überrascht, dass er nicht auf dem «Ticket» der F.D.P. in die Politik einsteigt. Die Fama berichtet, dass es der F.D.P.-Politiker und Bundespräsident *Theodor Heuss* selbst war, der Erhard (geradezu parteiwidrig) dazu rät. In einer bereits marktwirtschaftlich überzeugten kleinen bürgerlichen Partei wäre er weniger nützlich als in einer halb-sozialistischen grossen bürgerlichen Partei, die man erst noch vollständig überzeugen müsse.

Es kann kein Zweifel bestehen, dass Erhard die Missstände des heutigen Wohlfahrtsstaates und die Mechanismen der Politik, die zu diesen Missständen führten, schon früh geistig durchdrungen hat.

Wie dem auch sei: In den Jahren des Wirtschaftsministers Erhard kommt es zum grössten Wirtschaftsaufschwung in Westdeutschland. 1957 wird Erhard – auf dem Gipfel seiner Popularität – Vizekanzler. Als 1963 Kanzler Adenauer nach Querelen mit der F.D.P. (die ihn am liebsten schon 1961 ersetzt hätte) von seinem Amt zurücktritt, wird Erhard sein Nachfolger. Obwohl er (nun Mitglied der CDU) 1965 als Zugpferd seiner Partei einen haushohen Wahlsieg heimfahren kann, wird es eine eher glücklose und kurze Kanzlerschaft. Sie ist, wie der der F.D.P. angehörende Publizist *Karl-Hermann Flach* 1966 anlässlich Erhards Rücktritt schreibt, *«die tragische Geschichte eines gutwilligen, aber unpolitischen Menschen in einem hochpolitischen Amt»*. Erhard gelingt es zu keinem Zeitpunkt, den Parteiapparat der CDU so gut zu beherrschen und für seine Zwecke zu nutzen wie etwa Adenauer (oder heute *Kohl*). Die Intrigen, die gegen ihn laufen, werden durch eine Ende 1965 einsetzende – nach heutigen Massstäben milde, aber nach den von Erhard gesetzten Massstäben schwere – Wirtschaftsrezession noch verstärkt. Als erster Rückschlag des «Wirtschaftswunders» wird die bei den Volkswagen-Werken eingeführte Kurzarbeit betrachtet. Hinzu kommt Ärger mit dem Koalitionspartner. Die CDU möchte die durch die Rezession entstandenen Haushaltslöcher mit grosszügigen Steuererhöhungen stopfen, aber die F.D.P. stellt sich quer. Im Oktober 1966 bricht die Koalition. Die neue Regierung bildet sich aus einer «Grossen Koalition» von Sozial-

demokraten und CDU. Der neue Wirtschaftsminister, *Karl Schiller* von der SPD, verfolgt eine in vielen Teilen von Erhards Vorstellungen abweichende Politik, die vor allem auf einer konjunkturbelebenden «Globalsteuerung» der Wirtschaft durch den Staat basiert. Schon im nächsten Jahr tritt Erhard von dem gerade erst angetretenen Amt als CDU-Bundesvorsitzender ab und politisch immer mehr in den Hintergrund. Noch bis 1976 bleibt er Mitglied des Bundestages. Er stirbt am 5. Mai 1977 in Bonn.

Die «Soziale Marktwirtschaft»

Selbst böswillige Kritiker werden nicht bestreiten, dass Erhards Wirken eine enorme Bedeutung für den Gang der bundesrepublikanischen Geschichte hat. Spätere politische Misserfolge, so urteilt der Skeptiker Flach 1966, könnten zumindest die eine grosse Leistung nicht in Frage stellen: *«... die grosse Tat seines Lebens, die eigenwillige Aufhebung der Bewirtschaftung am 20. Juni 1948, die den Aufstieg der deutschen Wirtschaft aus den Trümmern des Nazireiches einleitete, kann und wird ihm keiner nehmen. Sie wird als der eigentliche Kern seines Lebenswerkes lebendig bleiben.»*

Dass Erhards darüber hinausgehendes politisches Wirken – insbesondere seine kurze Kanzlerschaft – nicht immer unter einem guten Stern stand, lässt sich sicher nicht völlig von der Hand weisen. Doch Erhard ist kein Wirtschaftsexperte gewesen, der die politischen Rahmenbedingungen ignorierte oder allenfalls als Fremdkörper in einem wirtschaftlich orientierten Theoriansatz sah.

Fast alle westlichen Industrieländer leiden heute darunter, dass die politischen Prozesse kaum noch beherrschbar sind. Das unkontrollierte Wachsen von staatlichen Schuldenlasten und Steuerbürden, die zunehmende Bürokratisierung und Zentralisierung sowie die kritische Entwicklung von Sozialsystemen, die sich bald als unbezahlbar für künftige Generationen erweisen werden, sind die Folge. Alles dies wird heute sehr akkurat von der neueren politischen Ökonomie (insbesondere der Public Choice-Denkrichtung, wie sie u.a. vom dem amerikanischen Nobelpreisträger *James M. Buchanan* entwickelt wurde) als Resultat ökonomischer Eigeninteressen, die auch in der Politik (und nicht nur in der «Wirtschaft») herrschen, analysiert. Es kann kein Zweifel bestehen, dass Erhard nicht nur die so erklärten Missstände des heutige Wohlfahrtsstaates zutiefst verurteilen würde, sondern auch, dass er die Mechanismen der Politik, die zu diesen Missständen führten, schon früh geistig durchdrungen hat. Um dies zu verstehen, muss man sich das grundsätzliche wirtschaftliche Ordnungsverständnis Erhards, das unter dem Schlagwort «Soziale Marktwirtschaft» bekannt wurde, vor Augen führen.

Das Gesicht der D-Mark. Quelle: Ludwig Erhard, Wohlstand für Alle, Düsseldorf (Econ) 1957.

Wettbewerb und Konkurrenz sind mehr als nur ein reines Wirtschaftsprinzip.

Kaum ein Begriff wird in der gegenwärtigen wirtschaftspolitischen Diskussion in Deutschland so sehr missbraucht wie der der «Sozialen Marktwirtschaft». Jede sozialpolitische Massnahme, die ein Stück Markt zerstört, wird mit dem Hinweis gerechtfertigt, dass man dadurch ja erst das «Soziale» schaffe, das die Marktwirtschaft nicht leiste. Als z.B. 1994 in Deutschland die Pflegeversicherung eingeführt wird, die – obwohl die Dauerkrise des ebenso organisierten Rentensystems als warnendes Beispiel dient – auf einem Generationenvertrag basiert, greift der verantwortliche Sozialminister seine liberalen Kritiker mit dem Argument an, sie seien wohl Gegner einer «sozialen» Marktwirtschaft. Gerade weil hier wohl eindeutig marktwirtschaftlichere Alternativen möglich sind, hätte diese Verwendung des Begriffes Erhard sicher empört. Es zeigt sich, dass heutzu-

tage der Begriff «Soziale Marktwirtschaft» fast synonym mit dem Begriff «Gemischtwirtschaft» verwechselt wird. In letzterer stehen einfach Marktwirtschaft und Sozialstaat als Antagonismen *neben*einander. Erhard hingegen wollte mit der «Sozialen Marktwirtschaft» beides als Einheit begreifen. Das Soziale soll demnach hauptsächlich durch eine bewusste Politik des Wettbewerbs und durch marktwirtschaftliche Mittel erreicht werden. Nicht beziehungsloses Nebeneinander, sondern Gleichklang von Wirtschafts- und Sozialpolitik «aus einem Guss» lautet das Motto.

Der frühe Liberalismus sieht im «Sozialen» die Antithese zur Herrschaft der Partikularinteressen in der Politik.

Das Missverständnis über das Wesen und den Inhalt des Begriffes «Soziale Marktwirtschaft» nach Erhards Abgang hat viele Gründe. *Erstens:* Erhard bezeichnet – aus Gründen der «Verkaufstaktik» sicher zunächst zurecht – das Konzept der «Sozialen Marktwirtschaft» gerne als Mittelweg zwischen unbeschränktem Marktliberalismus des 19. Jahrhunderts («Manchestertum») und totalitärer Planwirtschaft. Dadurch wird in verhängnisvoller Weise die oft künstliche Kluft zwischen Erhards Ideen und der klassisch liberalen Tradition überbetont. Dies ermöglicht oberflächlichen Interpreten, die übersehen, dass Erhard auch immer wieder ohne Scheu von einer «freiheitlichen Marktwirtschaft» redet, den Begriff als Antithese zu jedem marktwirtschaftlichen Reformschritt zu sehen. Dabei ist der Grundgedanke Erhards, nämlich dass Wettbewerb und Konkurrenz mehr als nur ein reines Wirtschaftsprinzip seien, sondern – so Erhard 1955 – *«die ökonomische Grundlage eines demokratischen Staatswesens, das als unantastbaren Wert die menschliche Freiheit setzt»,* von den Manchester-Liberalen des 19. Jahrhunderts vorweggenommen worden. *Frédéric Bastiat,* der wohl radikalste Vertreter der Manchester-Schule mag als Beispiel dienen, wenn er 1850 sagt: *«Die Konkurrenz, die wir ganz füglich ‹Freiheit› nennen könnten, ist trotz Anfeindungen, welche sie täglich erfährt, in der Tat das eigentliche demokratische Gesetz.» Zweitens:* Der Begriff des «Sozialen», den Erhard meist mehr oder minder konsequent verwendet, ist in dieser Form wahrscheinlich deshalb in der Politik nicht vollständig und korrekt vermittelbar, weil er gerade der (längst vergessenen?) Tradition des frühen Liberalismus entstammt. Der frühe Liberalismus, der mit *Edmund Burke* die «soziale Freiheit» als Regelgleichheit («equality of restraint») definiert, sieht im «Sozialen» die Antithese zur Herrschaft der Partikularinteressen in der Politik – eben Politik zum Wohl des Ganzen und nicht zum Wohl der Interessengruppen. So sieht es Erhard wohl auch. Spätestens mit dem Aufkommen grosser sozialistischer Bewegungen in der Mitte des 19. Jahrhunderts hat der Begriff aber eine völlig andere Bedeutung erhalten. Nicht mehr die «formale» Regelgleichheit, sondern die politische Erfüllung «materieller» Partikularinteressen von Menschen, die sich selbst als «unterprivilegiert» begreifen, rückt in den Mittelpunkt. Im Kontext einer rechtsstaatlich-marktwirtschaftlichen Ordnung ist ein solcher Begriff des «Sozialen» ein Fremdkörper. Der liberale Wirtschaftsnobelpreisträger *Friedrich August von Hayek* meint sogar im Lichte dieser modernen und verzerrten Interpretation des Begriffes «sozial», dass man das Wort generell nicht mehr verwenden solle, weil er als «Anhängsel» die hehren Begriffe «Marktwirtschaft» und «Gerechtigkeit» zu beliebigen Floskeln verwandle. Diese Einsicht scheint sich langsam durchzusetzen. Statt der mit dem Adjektiv «sozial» versehenen Marktwirtschaft taucht in einigen Ländern seit neuestem die Marktwirtschaft mit dem Adjektiv «adjektivlos» in der politischen Diskussion auf.

Wettbewerb als politische Aufgabe

An der Sache ändert der Disput um das Wort «sozial» nichts. Der Erhardschen Politik geht es nicht um «Marktwirtschaft plus Wohlfahrtsstaat» wie viele derjenigen Sozialpolitiker zu glauben scheinen, die sich gerne auf Erhard berufen. Im Gegenteil: Erhard begreift den «Wohlfahrtsstaat» als das Gegenteil dessen, was er erreichen will. So schreibt er 1958: *«Nichts ist darum in der Regel unsozialer als der sogenannte ‹Wohlfahrtsstaat›, der die menschliche Verantwortung erschlaffen und die individuelle Leistung absinken lässt.»* Denn, so Erhard 1955: *«Die Harmonie einer Marktwirtschaft beruht auf der freien Funktion der tendenziell zum Ausgleich und Gleichgewicht hindrängenden Kräfte. Auf diese Weise wird die quantitative und qualitative Über-*

einstimmung von Bedarf und Deckung herbeigeführt.»

Nun betont Erhard (ebenso wie viele ordo-liberale Ökonomen seiner Zeit) häufig, dass sich sein Glaube an die Harmonie der Marktwirtschaft vom klassisch-liberalen Harmonieglauben dadurch unterscheide, dass er wisse, dass weder Harmonie noch Markt «von alleine» entstünden. Markt und Wettbewerb seien Aufgabe einer aktiven Politik. Diese Erkenntnis mache die «Soziale Marktwirtschaft» zu etwas neuem. Man darf diese Aussagen – so wichtig sie zum Verständnis des Erhardschen Denkens sind – nicht überbewerten. Die klassischen Liberalen glaubten auch an politische Voraussetzungen der Marktwirtschaft – und sei es bloss der Schutz des Eigentumsrechtes. Vor allem kann man – wenn man sich auf die reine Theorie zurückzieht – die Begründung Erhards für den «Markt als politische Aufgabe» in Zweifel ziehen. Diese geht davon aus, dass sich der Wettbewerb ohne staatliche Stützung selbst vernichte, und zwar durch private Machtkonzentration in Form von Kartellen und Monopolen. Es ist indes recht plausibel, dass sich in einem wirklich freien Wettbewerb unter den Bedingungen einer konsequent freien Marktwirtschaft solche Monopole und Kartelle selten bilden und vor allem auch nicht dauerhaft halten können, weshalb sie als reale Bedrohung zu vernachlässigen sind. Die meisten ordo-liberalen Ökonomen der Generation Erhards neigen dazu, sich hier in Widersprüche zu verwickeln. Der Erhard sehr nahestehende *Wilhelm Röpke* verficht etwa diese These auch, nur um an anderer Stelle in Hinblick auf die Konzentrationstendenzen im Deutschland des späten 19. Jahrhunderts festzustellen, dass eigentlich der Protektionismus, der mit *Bismarcks* Abkehr vom Freihandel einsetzt, die Ursache davon sei. Meist liegt also Politikversagen, nicht Marktversagen vor.

In der praktischen Politik ist dies aber von geringer Bedeutung, da der Staat als eine reale Rahmenbedingung vorhanden ist und sich so sehr etabliert hat, dass eine Diskussion über sein Verschwinden und über die Vision eines freien und marktwirtschaftlichen «Anarcho-Kapitalismus» vorläufig wohl nur von akademischem Interesse ist. Da nun Staat und Marktwirtschaft immer in einem Spannungsverhältnis zueinander stehen und da der Staat immer und unvermeidlich von Interessengruppen instrumentalisiert werden kann, muss im Staat selbst eine Korrektivinstanz eingebaut sein, die den Monopolisierungs- und Vermachtungstendenzen im Wirtschaftsleben entgegentritt. Hier sind pragmatische Entscheidungen auf politischer Basis angebracht. In diesem pragmatischen Sinne entspricht Erhards emsiger und hartnäckiger Einsatz für ein ausführliches Kartellrecht klassisch-liberalen Prinzipien unter der Berücksichtigung der realen Bedingungen. Erhard selbst bringt dies auf den Punkt, als er 1969 in dem in diesem Heft wiederveröffentlichten Vortrag in den *«Schweizer Monatsheften»* meint, hier sei im Grunde die Lehre *Adam Smiths «im wirklichkeitsnahen Sinne»* weitergedacht.

Eine perfekte und endgültige Lösung bietet Erhard, der als aktiver Wirtschaftspolitiker ja zwangsweise an die realen Bedingungen gebunden ist, damit natürlich nicht. Dies wäre nicht nur deshalb schwierig, weil das Ideal des «marktkonformen» staatlichen Lenkungseingriffs, der das freie Spiel des Preismechanismus intakt hält, nie erreichbar ist. Es gibt keine neutralen Steuern und Sozialgesetze. Man könne sich, wie der Trierer Wissenschaftstheoretiker *Gerhard Radnitzky* argumentiert, dem Ideal allenfalls annähern, d.h. der Begriff «marktkonform» dürfe allenfalls «komparativ» im Sinne von «freiheitsschonender als...» verwendet. Dies bedeutet, dass wohl immer Störungen des Marktes durch den Staat auftreten werden.

Der Erhardschen Politik geht es nicht um «Marktwirtschaft plus Wohlfahrtsstaat» – Erhard begreift den «Wohlfahrtsstaat» als das Gegenteil dessen, was er erreichen will.

Die «formierte Gesellschaft»

Erhard erkennt, dass die Gefahr der wirtschaftlichen Machtkonzentration hauptsächlich kein Problem des ungezügelten Wettbewerbs ist, der nur noch die Starken leben lässt, sondern dass die Kartellisierung häufig bewusst vom Gesetzgeber gefördert werde. Erhard legt sich hier mit fast jeder Interessengruppe im Staat an. Der Macht der Gewerkschaften innerhalb des staatlich gesetzten Rahmens der Tarifautonomie, die ihnen marktwidrig überhöhte Lohnabschlüsse ermöglichen, setzt er schon 1955 einen energischen (zu Unrecht viel belächelten) Appell zum «Masshalten» entgegen. Die griffige Formel der

«Lohn/Preis-Spirale», mit der Erhard die Probleme, die aus dieser Politik erwachsen, erklärt, entstammt dieser Debatte. Auch die Unternehmerseite bleibt nicht ungeschoren. Insbesondere die Berufsverbände und das mit ihnen verbundene Unwesen der *Berufsordnungen,* die moderne deutsche Form mittelalterlicher Gilden, spielen nach Erhard eine verheerende Rolle. Sie sind mit quasi-gesetzgeberischer Macht ausgestattet. Als Zwangsmonopolisten können sie Preise festsetzen, obligatorische Befähigungsnachweise für den Berufszugang schaffen oder Werbeverbote erlassen und erzwingen – alles im Namen des «fairen» Wettbewerbs. Immer wieder versucht Erhard, diese Privilegienwirtschaft abzuschaffen. Hätte er es geschafft, stünde Deutschland heute besser da. So ist Deutschland heute das Land geworden, in dem schon solche Bagatellen wie die Abschaffung des Ladenschlussgesetzes unmöglich erscheinen und von dem die Zeitschrift *«Newsweek»* kürzlich zu Recht behauptete: *«Unemployment hits a record high, and you still can't buy milk on Sunday.»*

Um diesen Tendenzen entgegenzutreten, versucht Erhard ein spezielles – durchaus liberales – Staatsverständnis zu entwickeln, das er unter dem etwas unglücklich gewählten Etikett *«formierte Gesellschaft»* in die Diskussion einbringt. Da der Begriff einen unfreiwilligen Beiklang von geistiger «Gleichschaltung» hat, wird er stets missverstanden. In Wirklichkeit geht es wohl um so etwas Ähnliches wie das, was man heute «Verfassungspatriotismus» nennt. Nicht die geistige und wirtschaftliche Vielfalt soll demnach eingeschränkt werden, sondern die Anerkennung des unantastbaren Rahmens, innerhalb dessen sie nur stattfinden kann. Es ist ein Appell an die Mässigung eines schrankenlosen Egoismus, der sich der Macht bedient, statt sich dem Wettbewerb zu stellen. Es geht Erhard um die gesellschaftlich-kulturellen Voraussetzungen einer freien Staats- und Wirtschaftsordnung. Dass solch ein liberaler Ethos in Deutschland nicht sehr tief verankert ist, erfährt Erhard schon bald am eigenen Leibe. Sein Kampf gegen die Berufsordnungen scheitert weitgehend. Auch werden Sozialgesetze erlassen, die dem von ihm in einer Rede von 1956 formulierten Prinzip der *«selbstverantwortlichen Vorsorge für die Lebensrisiken»* widersprechen. Die Ende der fünfziger Jahre eingeführte «dynamisierte» Rente auf Generationsvertragsbasis ist ein Beispiel. Letztlich bleibt das Werk Erhards unvollendet. Die von ihm so treffend beschriebene Eigendynamik der Politik ist ein zu starker Gegner. Er selbst sieht dies, als er im Vorwort der Erstauflage zu seinem Buch «Deutsche Wirtschaftspolitik» 1962 *«nur mit einer gewissen Scheu»* die Frage stellt, ob ihm die grossen Reformen von 1948 in einem parlamentarischen System (ohne Hilfe der alliierten Militärmacht im Hintergrund) gelungen wären.

Dass ein liberales Ethos in Deutschland nicht sehr tief verankert ist, erfährt Erhard am eigenen Leibe.

Eine Warnung für die Gegenwart

Von den Zeitgenossen wurden Erhards Warnungen vor den Erosionserscheinungen der Marktwirtschaft oft missverstanden und missachtet. Vielleicht ist es für die heutige Generation, die die Wirkungen dieses Prozesses – unter anderem eine hohe Sockelarbeitslosigkeit – immer deutlicher zu spüren bekommt, leichter, Erhard zu verstehen. Wir sehen täglich den Abbau von Freiheit und ein politisches System, das durch seine Verflechtung mit Interessengruppen bis zur Reformunfähigkeit verkrustet ist. Erhards Erbe ist in den letzten Jahrzehnten sträflich missachtet worden – auch (und vor allem) von jenen Politikern, die stets ihn und seine «Soziale Marktwirtschaft» formelhaft beschwören. Erhards Warnung aus dem Jahre 1960 ist jedenfalls von ungebrochener Aktualität: *«Als absolut gültig darf bei alledem eines gelten: Wer heute notwendige Opfer aus vordergründigen Popularitätsgesichtspunkten umgehen möchte, versündigt sich am Funktionsprinzip der parlamentarischen Demokratie. Überdies wird er mit Sicherheit der Verurteilung durch den Wähler dann verfallen, wenn Versäumnisse, die heute verschuldet werden, morgen zu schweren Rückschlägen führen und unsere Sicherheit, den Bestand unserer freiheitlichen Ordnung und auch unseren Wohlstand in Frage stellen».* ✦

Ludwig Erhard

Marktwirtschaft und individuelle Freiheit

1969 warnte Erhard vor einer Überantwortung der individuellen Lebenssicherung an den Staat. Zu seinem 100. Geburtstag veröffentlichen die «Schweizer Monatshefte» noch einmal Erhards Vortrag.

Die derzeitige wirtschaftspolitische Situation mutet allenthalben schizophren an. Man könnte fast meinen, dass die Marktwirtschaft von denen entdeckt worden wäre, die ihr aus einer völlig anderen geistigen Haltung heraus politisch und wissenschaftlich Widerstand und Kampf angesagt hatten. Dass sich gerade nach dem letzten Weltkrieg sozialistische Wirtschaftsprinzipien als zum Wiederaufbau völlig untauglich erwiesen, während einem freiheitlich liberalen System nicht zuletzt in meinem eigenen Land ein durchschlagender Erfolg beschieden war, hat allerdings mittlerweile in den verschiedensten politischen Lagern eine taktische Umstellung bewirkt.

Die Sozialisten entdeckten ihre Liebe zur Marktwirtschaft erst dann, als ihnen bewusst geworden war, dass ihre Vorstellungen einer Zentralverwaltungswirtschaft nicht nur keinen Widerhall mehr fanden, sondern immer heftigerer Ablehnung begegneten. Sie bedienten sich dabei des aus ihrer Sicht nicht ungeschickten Tricks, das innerste Wesen der Marktwirtschaft als einer ordnungspolitischen, aber auch sittlich fundierten Gesellschaftsvorstellung auf einen rein mechanischen Wirtschaftsablauf zu reduzieren. Aus Not und Zwang bekannten sie sich schliesslich mit Weh und Ach zur Anerkennung der Funktion des Marktes, ja mit Einschränkungen auch zu einer besseren Würdigung des Ordnungselements, des Wettbewerbs und der freien Preisbildung.

Aber jenseits dieser Spielregeln nimmt das kollektivistische Denken immer mehr überhand. Die Marktwirtschafter sozialistischen Geblüts huldigen der Auffassung, dass, wenn man Marktwirtschaft nur als eine technische Funktion verstehe, der den Interesseneinflüssen unterliegende Staat neben eigensüchtigen Zielsetzungen doch zugleich auch über die Möglichkeit verfüge, die ökonomischen, sozialen und wirtschaftspolitischen Daten so zu setzen – oder auch dahin zu verändern –, dass nach dem mechanischen Ablauf des Marktgeschehens dennoch das Ergebnis zustandekäme, das wohl dem Willen des Kollektivs, aber eben nicht mehr dem Lebensgefühl einer freien Wirtschaftsgesellschaft entspricht.

Die Welt hat sich auch in der Weise verändert, dass Wertvorstellungen von gestern nicht in die Denkschemata von heute passen. So hat zum Beispiel der Begriff des «Liberalen» einen ganz neuen Inhalt gewonnen oder ist – fast möchte ich sagen – so verschwommen geworden, dass ich mich selbst scheue, ihn noch zu verwenden. Vor noch nicht gar zu langer Zeit bestand mindestens in Europa eine weitgehende Identität zwischen dem Wesen einer freien Marktwirtschaft und liberaler Gesinnung. Mir will indessen scheinen, dass diese Gleichsetzung in den politischen Lebensäusserungen und menschlichen Reaktionen der angeblich modernen Zeit keine Stütze mehr findet.

Wenn «liberal» heute nur noch Gegnerschaft zum sogenannten «Establishment» ausdrücken oder nur geistige Ungebundenheit, wenn nicht sogar Zuchtlosigkeit sein soll, dann scheint es mir geboten zu sein, nicht etwa auf Wertvorstellungen zu verzichten, wohl aber die «Ismen» der Vergangenheit neu zu überdenken. Wir, die wir der Marktwirtschaft verpflichtet und verhaftet sind, sollten uns fragen, ob wir dem politischen Schleichhandel um den Begriff der Marktwirtschaft auch immer rechtzeitig und überzeugend begegnet sind.

Die neoliberale Lehre, die ja europäischen Ursprungs ist, wurzelt eben nicht allein in *Adam Smith,* sondern dachte in wirklichkeitsnahem Sinn weiter. Der

Aus den Schweizer Monatsheften, Jg. 49, Heft 3, Juni 1969, S. 259 ff.

Ludwig Erhard (1897–1977).

Umstand, dass zum Beispiel im Bonner Wirtschaftsministerium die Bilder *John Maynard Keynes'* und *Walter Euckens* nebeneinander gezeigt werden, wirkt so wenig überzeugend wie die Ahnenreihe der Wirtschaftsminister von *Victor Agartz* bis zu *Ludwig Erhard.* Was ich damit sagen möchte ist, dass man nicht Ungleichnamiges – auch nicht als blosse Schau – miteinander verbinden kann.

Das eben scheint mir das Bedenkliche unserer Zeit zu sein, dass wir, statt eindeutig und erkennbar Gesinnung zu bezeugen oder Bekenntnisse abzulegen, uns in pragmatischer Denkweise durchmogeln zu können glauben. Der Bewusstseinsinhalt der Marktwirtschaft und im besonderen der «Sozialen Marktwirtschaft», wie ich sie verstehe, entzieht sich jeder technokratischen Betrachtungsweise.

Der Bewusstseinsinhalt der «Sozialen Marktwirtschaft» entzieht sich jeder technokratischen Betrachtungsweise.

Ursprung und Ziel der Marktwirtschaft: eine freiheitliche Lebensform

Marktwirtschaftliche Gesinnung und Überzeugung wurzeln in einem freiheitlichen Weltbild und stützen sich auf die Werte menschlicher Moral. Die soziale Marktwirtschaft sollte der völlig verlorengegangenen individuellen Freiheit im Rahmen festgefügter, durch den Staat abgesicherter gesellschaftspolitischer Ordnungsvorstellungen neue Impulse setzen, ja der Entfaltung menschlicher Freizügigkeit Spielraum geben – nicht aber schwebt mir vor, die Marktwirtschaft in staatlich dirigistische Wirtschaftsformen pressen zu lassen. Mir genügt also ein bloss formales Bekenntnis zur Marktwirtschaft nicht mehr, wenn es nicht mit einer glaubhaften Treue zu freiheitlichen Lebensformen gepaart ist. Wer mit wachen Sinnen das Zeitgeschehen aufnimmt, kann doch gar nicht an der Wahrnehmung vorbeigehen, dass unsere gesellschaftliche Entwicklung und die Formen unseres Zusammenlebens immer mehr kollektivistische Züge annehmen. Schon scheint es in einem falschen Fatalismus als fast selbstverständlich betrachtet und auch geglaubt zu werden, dass der einzelne – der auf sich selbst gestellte freiheitsbewusste Staatsbürger – gar nicht mehr in der Lage wäre, für seine Existenz und seine Lebenssicherung einzustehen, sondern dass sein Schicksal dem Staat oder mächtigen Kollektiven überantwortet werden solle, wenn nicht sogar müsse.

Die Milchmädchenrechnung, dass die aus solcher Geisteshaltung heraus sich immer mächtiger entfaltenden Apparaturen – gewissermassen Verzehrgemeinschaften in sich selbst – vielleicht einmal dem einzelnen Nutzen bringen können, allen Beteiligten aber nach Adam Riese zum Schaden gereichen müssen, wird mit falschen sozialen Sentiments überdeckt. Statt echte und schwerwiegende private Lebensrisiken abzusichern, wird der Hustenbonbon oder der mit Alkohol angereicherte Hustensaft kostenlos verabreicht – und das alles geschieht unter dem Vorzeichen fortschrittlicher und aufgeklärter Sozialpolitik!

Marktwirtschaft beruht auf Leistung, auf Bewährung durch Leistung. Darum aber sind diesem System auch alle Beschränkungsmassnahmen lebensfremd, die ohne zwingende Not zu einer Erschlaffung des Leistungswillens führen müssen. So sind wir zum Beispiel wohl geneigt, die erstaunlichen Fortschritte der japanischen Volkswirtschaft zu bewundern, ohne uns aber – ähnlich wie beim sogenannten «deutschen Wirtschaftswunder» – dessen bewusst zu sein oder es wahrhaben zu wollen, dass es eben die höhere Produktivität, die Arbeitsamkeit und der Kraftaufwand eines Volkes sind, die im letzten den Ausschlag geben.

Ich habe den Eindruck, dass uns westeuropäischen Völkern diese Wahrheit, die gar keine Weisheit ist, in der Folgezeit noch sehr viel deutlicher vor Augen geführt werden wird. In den westlichen hochentwickelten Industrienationen scheint mir die innere Beziehung zwischen dem ökonomisch Möglichen und dem sozialpolitisch Wünschbaren immer mehr verlorenzugehen. Zugegeben, wenn soziale Fortschritte auch positive wirtschaftliche Wirkungen zeitigen können, so darf dennoch die Geistesverwirrung nicht so weit gehen, dass soziale Wunschvorstellungen wirtschaftliche Gesetze und Grenzen sprengen zu können glauben.

Die Irrwege der Ökonometrie und des «Pragmatismus»

Neue wissenschaftliche Denkformen wie zum Beispiel die Ökonometrie umgeben sich mit dem Odium moderner Aufgeklärtheit und höherer Weisheit. Sie erwecken damit den Eindruck – ja einzelne Vertreter sprechen es sogar aus –, als ob die Marktwirtschaft auch in neoliberaler Auffassung gemessen an ihrer eigenen «Aufgeklärtheit» als naiv gelten müsse. Dieses Eigenlob findet allerdings in der Geschichte und in den wirtschaftspolitischen Realitäten keine Stützen, sondern macht umgekehrt deutlich, dass alle Versuche, das Leben rechenhaft einfangen zu wollen, letztlich zum Scheitern verurteilt sind.

Diese Zeiterscheinung ist zugleich Ausdruck des in Gang gesetzten Prozesses der Entideologisierung. Wenn die Regulative, die aus der Setzung und Anerkennung höherer gemeinverbindlicher Werte fliessen, nicht mehr gestaltende Kraft besitzen und damit das gesellschaftliche Leben in gewisser Hinsicht steuerlos wird, dann kann es auch durch keine mechanischen Mittel wieder eingefangen werden. Wohl liegt es mir fern, die Vertreter der sich so modern gebärdenden ökonometrischen Schule als «falsche Propheten» zu bezeichnen – ich behaupte nur, dass sie falsch prophezeien und sich mehr mit kurzfristigen Korrekturen ihrer Voraussagen beschäftigen müssen, als dass sie vom Grundsatz her Gültiges auszusagen wüssten.

Im übrigen bleibt es eine wichtige Aufgabe, dem penetranten Versuch, die freie Marktwirtschaft, die wir meinen, als abgetan und altmodisch zu charakterisieren und eine andere, rechenhafte Auch-Marktwirtschaft etablieren zu wollen, unseren geistigen und seelischen Widerstand entgegenzusetzen. Gegenüber der klaren Ordnungsvorstellung der freien Marktwirtschaft ist der zweifelhafte Wert des heute so viel gerühmten «Pragmatismus» ins rechte Licht zu rücken.

Jene Begründung aber, dass die Konzentration der Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit diene, ist insbesondere dann abzulehnen, wenn gerade umgekehrt durch die Konzentration der Wettbewerb faktisch ausgeschaltet wird.

Ich gewinne indessen immer mehr den Eindruck, dass der Unternehmer an der Nützlichkeit einer Wirtschaftspolitik zweifelt, die ihm im raschen Wechsel zahlenmässiger Prognosen den Boden für echte unternehmerische Entscheidungen entzieht, aber ihn damit zugleich in eine immer stärkere Abhängigkeit geraten lässt. Wie soll er einer planenden Vorausschau auf mittlere und längere Sicht vertrauen können, wenn sich schon von Quartal zu Quartal nicht voraussehbare Wandlungen vollziehen. Wer allerdings die These bejaht, dass auf diesem Feld die Bürger eines Landes nur die Vollzugsorgane staatlichen Willens zu sein haben und somit der Staat mehr oder minder allein die Zukunft eines Landes oder Volkes bestimmt, wird für das innerste Wesen einer freien Marktwirtschaft kaum mehr Verständnis aufbringen können.

Gefahren der Unternehmenskonzentration

Die Marktwirtschaft ist insofern noch einmal gefährdet, als in manchen Ländern – und ich rechne auch Deutschland dazu – die Zeichen sich mehren, dass man der Funktion des Wettbewerbs nicht mehr die gleiche Bedeutung beimisst wie ehedem oder mindestens andere Massstäbe angelegt wissen will. Gewiss haben sich auf diesem Gebiet Wandlungen vollzogen, die Berücksichtigung verdienen, aber nicht Anlass sein können, das Institut selbst in Frage zu stellen.

Die heute um sich greifende und zum Teil sogar staatlich begünstigte Konzentrationswelle – um nicht zu sagen Konzentrationswut – wurzelt indessen nicht allein in rationalen Überzeugungen, sondern entspringt einem neuen Leitbild. Nun bin ich gewiss kein Bilderstürmer und weiss darum sehr wohl zwischen nützlicher oder sogar notwendiger Konzentration einer-

seits und dem darin zum Ausdruck kommenden Machtstreben anderseits zu unterscheiden. Jene Begründung aber, dass die Konzentration der Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit diene, ist insbesondere dann abzulehnen, wenn gerade umgekehrt durch die Konzentration der Wettbewerb faktisch ausgeschaltet wird. Müssen wir uns aus Erfahrungen und breit angelegten Untersuchungen in den Vereinigten Staaten immer deutlicher sagen und nachweisen lassen, welche Bedeutung man in jenem industriell fortschrittlichsten Land der Leistung der Klein- und Mittelbetriebe beimisst, wie unentbehrlich man sie gerade auch aus wettbewerbspolitischen Gründen betrachtet und wie bedeutsam ihr Anteil an der modernen Entwicklung und dem technischen Fortschritt ist?

Im übrigen arbeiten sie vergleichsweise ebenso rentierlich wie grosse und grösste Unternehmungen. Hier geht es nicht mehr allein um den Streit über wirtschaftliche Methoden, sondern vielmehr um Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsphilosophie. Schliesslich darf auch der Hinweis, wie es denn in kleineren Ländern um die Konzentrationsfähigkeit innerhalb der verschiedenen Industriezweige bestellt ist, nicht unter den Tisch fallen.

Ich möchte darum die Behauptung wagen: Je mehr Regierungen oder kollektivistische Institutionen unmittelbaren Einfluss nicht nur auf die Volkswirtschaft, sondern auch auf deren Teilbereiche bis hinab zu privaten Unternehmungsentscheidungen auszuüben versuchen oder doch dieses Ziel bewusst anstreben, desto mehr wird ihnen daran gelegen sein, durch Vereinbarungen mit einer geringeren Zahl von Grossunternehmungen die Geschicke der Wirtschaft – aber das heisst indirekt auch das Schicksal der Mittel- und Kleinbetriebe – «mit zu bestimmen». Mit nur wenigen Partnern lässt sich eben leichter verhandeln als mit einer Vielzahl von differenzierten Betrieben und individualistisch gesinnten Unternehmern.

Nach einer Ansprache anlässlich der vom Redressement National veranstalteten 4. Internationalen Konferenz marktwirtschaftlicher Organisationen in Biel und Bern, 6.–9. Mai 1969.

Was auf dem Spiel steht

Aber das ist nicht alles! Den zur Konzentration ermunterten Unternehmern und Unternehmungen haftet nach vollzogener Tat mindestens das Odium eines immer denkbaren Machtmissbrauches an, und es sei – so wird argumentiert – aus diesem Grunde geboten, sie in stärkerem Masse staatlicher Kontrolle, das heisst einer Missbrauchsaufsicht zu unterwerfen. Angesichts einer so dubiosen Politik ist wohl die Frage berechtigt, ob sich die auf solche Weise eingefangenen Unternehmen auch der Konsequenzen ihrer heute immerhin noch freien Entscheidungen bewusst sind. Staatliche Missbrauchsaufsicht und paritätische Mitbestimmung sind kein Ersatz für Wettbewerb, sondern Instrumente zur Zurückdrängung einer freien Gesellschaftsordnung. ✦

SPLITTER

Alles, was die Politik machen kann, ist, die äusseren Ursachen von Schmerz und Leid beheben; sie kann ein System fördern, das die Hungernden sättigt, die Nackten kleidet und die Obdachlosen behaust. Aber Glück und Zufriedenheit hängen nicht an Nahrung, Kleidung und Wohnung, sondern vor allem an dem, was der Mensch in seinem Innern hegt. Nicht aus Geringschätzung der seelischen Güter richtet der Liberalismus sein Augenmerk ausschliesslich auf das Materielle, sondern weil er der Überzeugung ist, dass das Höchste und Tiefste im Menschen durch äussere Regelung nicht berührt werden können.

Ludwig von Mises, Liberalismus (1927), abgedruckt in: Kleines Lesebuch über den Liberalismus, hrsg. von Detmar Doering, Friedrich-Naumann-Stiftung, Sankt Augustin 1992, S. 18

Tito Tettamanti
promovierte in Bern zum Doktor iur.; Rechtsanwalt und Notar. Regierungsrat, Gründer und Hauptaktionär der Fidinam Treuhandgesellschaft, einer der führenden Schweizerischen Treuhandgesellschaften auf dem Gebiet der Gesellschafts- und Steuerberatung. Berater und Investor im internationalen Immobilien- und Finanzsektor. Ende der achtziger Jahre übernahm Tettamanti die Kontrolle über Saurer AG, die sich zu einer weltweit führenden Firma in der Herstellung von Spinnmaschinen entwickelt hat und deren Ehrenpräsident er heute ist. In den letzten Jahren befasste er sich auch mit Investitionen im Infrastruktur- und Immobilienbereich in China. T. Tettamanti tritt des öfteren als Teilnehmer an Konferenzen und Debatten auf und veröffentlicht Beiträge in Zeitungen und Fachzeitschriften. Er ist Autor der Bücher «Welches Europa?» und «Manifest für eine liberale Gesellschaft».

Bedenken zur Wirtschafts- und Währungsunion

Überlegungen eines Mitgliedes der Zivilgesellschaft

Wie immer Europa auch organisiert sein wird, wenn es nicht aktiv mitgetragen wird von der europäischen Bürgergesellschaft, bleibt es ein kühnes und ausgeklügeltes Projekt von Technokraten und Bürokraten, das den Herausforderungen der nächsten Jahre und Jahrzehnte nicht gewachsen ist.

Zur Bürgergesellschaft gehören alle, welche die gesellschaftliche Realität kulturell, sozial, wirtschaftlich und politisch mitgestalten und mittragen. Sie besteht aus einer Vielfalt von organisiert und spontan verbundenen Individuen und Gruppen, welche den Staat beeinflussen, indem sie ihm gleichzeitig Widerstand leisten und ihn auch im Gleichgewicht halten.

Die Interessen der Zivilgesellschaft decken sich nicht immer mit denen der Politiker, der grossen Industrien und des Kapitals und bewirken jene Dialektik, die im Mittelpunkt meines Beitrags steht.

Das politische Ziel der WWU

«Mit dem im Vertrag von Maastricht vereinbarten Ziel der Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) *wurde ein ehrgeiziger Schritt in Richtung einer forcierten Vertiefung der europäischen Integration gesetzt.»* Dies sind die Worte des österreichischen Bundeskanzlers. Ähnliche Ansichten über das politische Endziel haben Ministerpräsidenten, Finanzminister, Zentralbankpräsidenten zum Ausdruck gebracht. Die Währungsunion wird also nicht als Konsequenz von bereits erfolgten Schritten der politischen Integration gesehen, sondern als einleitender Schritt. Dies gibt Anlass zu Bedenken: Zum einen folgt geschichtliche Erfahrung einer anderen Logik und lässt die einheitliche Währung aus einem einheitlichen politischen Gebilde heraus entwickeln; zum anderen wird man den Eindruck nicht los, es werde mit der WWU eine Art Abkürzung gewählt, mit welcher man unbequemen Fragen und Entscheidungsprozessen ausweicht.

Zu wenig beachtete Aspekte

Erstens: Die Voraussetzung für den Erfolg einer Einheitswährung ist eine gewisse Ausgewogenheit der unterschiedlichen volkswirtschaftlichen Bedingungen im Gesamtgebiet. Liegt eine solche nicht vor, so sind strukturelle Anpassungen notwendig, die nicht schmerzlos verlaufen können. Wenn wir die grossen Unterschiede unter den Volkswirtschaften der 15 Länder der EU und ganz allgemein in Europa (insbesondere das Nord/Süd- und das West/Ostgefälle) in Rechnung stellen, so fragt sich, ob der Wille vorhanden sei, die ökonomischen und politischen Konsequenzen zu tragen. Die französischen Streiks vom Dezember 1995 lassen hier Zweifel offen.

Zweitens: Eines muss allen Beteiligten klar sein: Es wird nicht nur zu schmerzhaften Anpassungen kommen. Ökonomisch schwächere Staaten werden, wenn sie der WWU beitreten, nicht länger auf monetäre Massnahmen zurückgreifen können, um ihre Finanzen zu sanieren, das heisst, sie können weder den Wechselkurs noch die Geldmenge weiterhin als Instrumente der nationalen Wirtschaftspolitik einsetzen. Volkswirtschaftlich starke Länder wie etwa die Bundesrepublik müssen sich da über die verhassten kompetitiven Abwertungen keine Sorgen mehr machen. Aber die schwachen Staaten werden gezwungen, die nicht mehr vorhandene Flexibilität der Wechselkurse durch Senkung der Reallöhne, durch erhöhte Mobilität (z. B. Auswanderung), durch zusätzliche Arbeitslosigkeit oder durch die Hoffnung auf privaten oder öffentlichen Kapitaltransfer auszugleichen. Wenn wir die ebenfalls zu Europa gehörenden Noch-

Honoré Daumier: «Der gesetzgebende Bauch», Lithographie, 1834. Musée d'Orsay, Paris.

nicht-Mitglieder in Mittel- und Osteuropa einbeziehen, was wir meines Erachtens unbedingt tun sollten, sieht die Situation bezüglich Konvergenz noch prekärer aus. Die im Vertrag von Maastricht verlangten Anpassungen sind zwar durchaus begrüssenswerte Korrekturen früherer Versäumnisse. Je grösser diese aber waren, desto schmerzhafter werden die Folgen sein.

Ich will hier nicht einfach den Schluss ziehen, dass damit die Reichen reicher und die Armen ärmer werden, aber Bedenken solcher Art sind gerechtfertigt, vor allem wenn man an die Folgen denkt, die solche Entwicklungen auslösen.

Drittens: Der globale Stellenwert des EURO lässt voraussehen, dass er gegenüber dem Dollar die Rolle als Reservewährung, als Mittel für internationale Zahlungen übernehmen könnte. Diese Entwicklung könnte nicht nur Vorteile haben. Sie bewirkt nämlich eine defizitäre Aussenhandelsbilanz und könnte die Versuchung erwecken, sich von der währungspolitischen Disziplin, wie sie heute von der Deutschen Bundesbank praktiziert wird, zu entfernen. Ein schleichender Wertverlust wäre gegenüber einem ähnlich schwachen Dollar nicht sofort erkennbar.

Noch schlimmer werden die Konsequenzen sein, wenn in folgenden sensiblen Bereichen die unterschiedlichen Meinungen in den verschiedenen Staaten der EU die europäische Währungspolitik beeinflussen: die Gefährlichkeit bzw. die Tolerierung von Inflation, die Bereitschaft, sich für die monetäre Stabilität zu opfern, die Notwendigkeit der Bekämpfung der Deflation, die Reaktion auf zunehmende Arbeitslosigkeit, die Rücksichtnahme auf den Druck von Gewerkschaften und auf politischen Druck aller Art. Es fällt schwer, den Glauben zu bewahren, dass die Geldpolitik der WWU den Stabilitätskurs der deutschen Bundesbank weiter verfolgen wird.

Da die Budgetdefizite durch die Notenbanken nicht mehr finanziert werden können, muss auf die Besteuerung zurückgegriffen werden.

Unter den eifrigen Befürwortern der WWU gibt es zwei Gruppen von Staaten. Einerseits Deutschland, die Staaten im DM-Block und Frankreich, die überzeugt sind, dank einer Politik der Stabilität und der Währungsdisziplin ihre eigenen Interessen zu wahren, und andererseits die hoch verschuldeten Staaten, die in der WWU die letzte Chance sehen, in ihrer finanziellen Notsituation eine Unterstützung zu erhalten. Selbstverständlich können die einzelnen Staaten ihre Schulden nicht auf die EU überwälzen. Ungeachtet der Disziplinarmassnahmen ist es jedoch nicht vorstellbar, dass die WWU es sich leisten könnte, eines ihrer Mitglieder als zahlungsunfähig einstufen zu lassen. Der Vertrauensschwund für den EURO in den Märkten wäre zu gross. Man kann sich vorstellen, dass die «sündigen» Staaten hinsichtlich ihrer Staatshaushalte unter Vormundschaft gestellt würden; die politischen und gesellschaftlichen Reaktionen in den betreffenden Staaten sind nicht leicht vorauszusehen, geben jedoch Anlass zur Sorge.

Die Alternative scheint relativ einfach zu sein. Entweder begrenzt sich die WWU auf wenige wirtschaftliche – und in punkto Budget disziplinierte – homogene Staaten. In diesem Falle hätten wir einen harten EURO, den wir auch ruhig DM-Block nennen könnten. Oder die WWU versucht, gemäss ihren politischen Ambitionen, ein integriertes Europa zu schaffen und wird soweit wie möglich erweitert, auch mit Rücksicht auf die diesbezüglichen Empfindlichkeiten ihrer Mitgliedstaaten und in konsequenter Anknüpfung an ihre zentralistischen Züge. Sie übernimmt in diesem Fall die Lasten der finanziellen und strukturellen Schwächen gewisser Mitglieder und versucht, die weniger Leistungsfähigen zu bevormunden. Wenn dies der Fall wäre, würde der EURO sicher keine harte Währung. *Ralf Dahrendorf* schreibt dazu im *«Economist»*: *«dass wir es mit einem grossen Fehler, einem fehl-*

geleiteten Ziel zu tun haben, welches Europa eher teilt als es einigt».

Wenn die Unausgewogenheiten zu gross sind, können die Belastungen für die Verlierer, die Schwächeren, zu stark werden. Die Folge davon wären noch höhere Arbeitslosenzahlen und die damit verbundene Gefahr zunehmender sozialer und politischer Spannungen. Immerhin könnten Kapitaltransfers von privaten oder öffentlichen Quellen hier ausgleichend wirken.

Bei der Rigidität, welche die WWU bewirkt, weil sie die Konkurrenz der Systeme und monetäre Massnahmen von einzelnen Staaten ausschliesst, wird der Anreiz einer viel höheren Rendite für die privaten Kapitaltransfers, die das verstärkte Risiko (inklusive Währung) deckt, verschwinden. Man wird im Grunde genommen nur auf Transfers öffentlicher Mittel warten. Dies ist unter verschiedenen Gesichtspunkten negativ:

Zum *einen* ist das Risiko, dass Kapitaltransfers ein politisches Druckmittel und der Inhalt ein Tauschhandel werden, gross.

Zum *zweiten* wird die Teilung von Europa in bevormundete und nicht bevormundete Staaten auf die Dauer eine der beiden Wirkungen zeigen: entweder Frustration und Ärger gegenüber den Reichen, was Spaltungsgelüste, zentrifugale Tendenzen, hervorruft. Das ist gerade das Gegenteil des Zusammengehörigkeitsgefühls in gegenseitiger Achtung, welches ein Ziel der Europäischen Union sein sollte. Oder es wird bei den Netto-Empfänger-Staaten jene gefährliche Mentalität wohlfahrtsstaatlicher Entmündigung erzeugen, bei welcher selbständige Bürger in Unterstützungsempfänger verwandelt werden. Die Reichen müssen zahlen, die Armen müssen nichts unternehmen, um wohlhabender zu werden, sie werden aber verlangen, unterstützt zu werden.

Zum *dritten* darf nicht vergessen werden, dass in der EU keine geregelten Verfahren für Ausgleichs- und Förderungsbeiträge und Investitionshilfen bestehen und die Gefahr von Fehlallokationen hoch ist. Es trifft zwar zu, dass Hunderte von Milliarden DM von Westdeutschland nach Ostdeutschland geflossen sind. Diese Solidarität hatte und hat ihre Basis im Motiv der nationalen Wiedervereinigung. Aber: Wo ist innerhalb Europas eine vergleichbare Motivation und Bereitschaft der reichen Länder zu finden? Die heutige Finanz- und Wirtschaftslage, das Deflationsgespenst und die Arbeitslosigkeit auch in den reichsten Ländern der EU geben keinen Anlass zu Optimismus.

Mit der Währungsunion werden auch die Voraussetzungen für eine zukünftige Fiskalunion geschaffen. Damit ist der Verdacht, dass wir auf ein zentralistisches Europa ohne Vielfalt und ohne Wettbewerb der Systeme zusteuern, nicht von der Hand zu weisen.

Die Herausforderungen an die Fiskal- und Beschäftigungspolitik

Es kann nicht bestritten werden, dass durch die Aufhebung der geldpolitischen Autonomie in der WWU auch der Manövrierraum der nationalen Fiskalpolitik eingeschränkt wird. Da die Budgetdefizite nicht mehr durch die Notenbanken finanziert werden können, muss auf die Besteuerung zurückgegriffen werden. Dies könnte aber einen rasch um sich greifenden deflatorischen Effekt haben. Ein bereits hoch verschuldeter Staat, der eine Politik der niedrigen Steuersätze benötigte, um ein positives Investitionsklima zu schaffen, um private Investitionen von aussen (das heisst Kapitaltransfers) zu fördern zwecks Schaffung dringend benötigter neuer Arbeitsplätze, wird sich im Gegenteil gezwungen sehen, eine Steuerpolitik anzuwenden, durch die seine Wettbewerbsposition noch mehr geschwächt wird. Ein noch schlimmeres Szenario zeigen die beiden Ökonomieprofessoren *Baltenberg* und *Jordan* in ihrem Artikel in der «NZZ» (27./28. 1. 1996). Die WWU verändert nicht nur das fiskalpolitische Umfeld und schränkt die fiskalpolitische Autonomie der Mitgliedstaaten ein, sondern eine undisziplinierte Fiskalpolitik eines Mitgliedstaates trifft die übrigen Mitglieder durch ein erhöhtes Zinsniveau und vermehrte Transferzahlungen. Mit anderen Worten: Mit der Währungsunion werden auch die Voraussetzungen für eine zukünftige Fiskalunion geschaffen. Damit ist der Verdacht, dass wir auf ein zentralistisches Europa ohne Vielfalt und ohne Wettbewerb der Systeme zusteuern, nicht von der Hand zu weisen.

Niemand kann bestreiten, dass die Arbeitslosigkeit das wichtigste und schwierigste Problem ist, mit dem sich die Nationen unseres Kontinents konfrontiert sehen. *Otmar Issing*, Mitglied des Direktoriums der deutschen Bundesbank, äussert in einem Gespräch mit *CASH* (6. 9. 1996) Folgendes: *«Man muss unter allen Umstän-*

den vermeiden, dass einzelne Teilnehmer bei den anderen das Geld zur Finanzierung der Folgen der eigenen finanzpolitischen Fehler beschaffen können.» Dem ist zuzustimmen, aber es wird nicht leicht sein, diesen Grundsatz in der Praxis durchzuhalten.

Issing argumentiert weiter, dass die Währungsunion eine sehr viel grössere Flexibilität des Arbeitsmarktes erfordert: *«Der Anpassungsdruck an veränderte Bedingungen lastet nun vor allem auf dem Arbeitsmarkt. Mit der heutigen Struktur der europäischen Arbeitsmärkte oder gar noch einer weiteren Verfestigung hat eine Währungsunion keine Chance auf eine gedeihliche Entwicklung».* Bundesbankpräsident *Tietmeyer* warnt, *«ein übereilter Beitritt (in die WWU) könnte zu steigender Arbeitslosigkeit in den betreffenden Ländern führen».* Diesen ehrlichen und kompetenten Aussagen von zwei angesehenen Exponenten einer Zentralbank kann man nur zustimmen.

Verschiedene Staaten, die in einer – meist selbstverschuldeten – schlechten finanziellen Situation stecken, stehen vor folgender Schicksalsfrage: Entweder sie versuchen, die eigene wirtschaftliche Lage langsam zu verbessern, jedoch mit der Gefahr, diskriminiert zu werden und den Anschluss zu verpassen, oder sie müssen den Anschluss mit einer entsprechend schmerzhaften Rosskur forcieren, die schlimmere Konsequenzen nicht ausschliesst. Falls jene Währungsdisziplin, die prognostiziert wird, wirklich in Kraft tritt, wird die WWU – mindestens kurzfristig – keinen erfreulichen Einfluss auf den Arbeitsmarkt und die Beschäftigungspolitik haben.

Das Gespenst des Protektionismus

Die durch die heutige Situation der Deflation verursachte Ernüchterung hat auch den Begeisterungsschwung bei der europäischen Einigung gebremst. Die heutigen Debatten in Europa sind nicht mehr die der Gründerväter, sondern die von Politikern und Regierungsmitgliedern, die für den eigenen Staat die bestmögliche Ausgangsposition schaffen wollen, um im aktuellen harten Wettbewerb bestehen zu können. Die technologischen Fortschritte haben auf Weltebene Zeit- und Raumdifferenzen weitgehend beseitigt. Sie erzwingen die Globalisierung, die nationale Schutznetze wertlos macht, sowie einen viel höheren Grad von Effizienz, Mobilität und Risikofreudigkeit.

Durch erzwungene Harmonisierung will man die Vorteile der konkurrierenden Billiglohn- und Niedersteuerländer ausschalten.

Der Verdacht, dass die WWU in der heutigen Wirtschaftslage mit der wirtschaftlichen Kluft zwischen Nord- und Südeuropa (und morgen auch mit Mittel- und Osteuropa) eher auf die Konservierung bestehender Wirtschaftsstrukturen zielt, muss ernst genommen werden. Die heute für die WWU vorgeschlagene Lösung ist vor allem auf die von ihrem Standpunkt aus gerechtfertigten Belange einiger Staaten zugeschnitten, speziell von Deutschland als dem grössten und wirtschaftlich wichtigsten Land Europas. Aber es handelt sich um eine Lösung, welche die einzige Chance der heutigen «ärmeren» Staaten, aus ihrer Situation herauszukommen, vereitelt: die Konkurrenz der Systeme, insbesondere im Bereich des Lohnniveaus, der Sozialleistungen und der fiskalischen Belastung. Diese Konkurrenz stört die grösseren und reicheren Staaten mit hohen Löhnen, Staats- und Fiskalquoten und mit starker Regulierung. Durch erzwungene Harmonisierung will man die Vorteile der konkurrierenden Billiglohn- und Niedersteuerländer ausschalten, und man ist dafür bereit, den schwächeren Partner zu subventionieren und damit gleichzeitig abhängig und schwach zu machen. In wirtschaftlich schwächeren Ländern ist die Rolle des subventionierten Hilfsbedürftigen leider oft populärer als die Rolle des potentiellen Herausforderers, so dass der Teufelskreis der Abhängigkeit durch ein Fehlverhalten auf beiden Seiten zementiert wird.

Die Mitglieder der EU sind für den globalen Wettbewerb schlecht gerüstet. Technologisch sind wir gegenüber Amerika zehn bis fünfzehn Jahre im Rückstand. Die harte Währung der EU, die DM, ist teuer. Noch teurer ist der französische Franc. Die Produkte der wichtigsten europäischen Wirtschaften, namentlich aus Deutschland und Frankreich, stammen aus dem mittleren oder unteren Technologiebereich. Solche Produkte sind im Konkurrenzkampf um Exportanteile global sehr stark unter Druck.

Die Frage stellt sich auch, ob unsere Sozialsysteme noch finanzierbar sind. Unsere Wohlfahrtsgesellschaft ist unflexibel. Wie

können die wichtigsten Staaten der EU zehn Jahre gewinnen, in der Hoffnung, sich in dieser Zeitspanne auf den globalen Wettbewerbskampf vorzubereiten? Indem man rund um die DM und den französischen Franc einen geschützten Markt von teuren europäischen Produkten, die mit einer teuren europäischen Währung zu zahlen sind, errichtet. Das heisst, man lässt den Konsumenten zahlen. Der überholte nationalstaatliche Protektionismus wird durch einen europäischen Protektionismus rund um die WWU ersetzt. Ein solcher Protektionismus kann natürlich durch Selbstbeschränkung oder durch intelligente und konsequente Massnahmen, wie etwa das Steuersenkungsprogramm der Regierung *Kohl,* durchaus auch kurzfristige Erfolge aufweisen. Sie hat auch den Vorteil, dass sie schrittweise und dosiert eingeführt werden kann. Ob sie allerdings die beste Antwort auf den globalen Wettkampf ist, bleibe dahingestellt.

Ausflug in die kompetitive Abwertung des EURO?

Es muss auch die Frage erlaubt sein, was geschieht, wenn es zu jener unbeliebten kompetitiven Abwertung in Form eines Kampfes zwischen Dollar, Euro und Yen kommen würde. Wie wird jener Teil der 370 Milliarden Dollar, welche die Zentralbanken der Mitgliedstaaten der EU heute halten, die Entwicklung auf dem globalen Währungsmarkt beeinflussen, wenn sie einmal freigegeben werden? Die auf den Markt gelangenden Dollars könnten den Dollar weiter schwächen und Exporte in die USA noch schwieriger machen.

Die Mitglieder der EU sind für den globalen Wettbewerb schlecht gerüstet.

Wäre es da nicht besser für die Exportindustrie, durch einen schwachen Euro eine versteckte Abwertung der Deutschen Mark und des französischen Franc zu bewirken? Und wäre dies nicht ein Ausweg aus der heutigen Krise, um die Volkswirtschaft wieder in Schwung zu bringen und Arbeitsplätze zu schaffen? Das Szenario einer moderaten Abwertung hat in letzter Zeit bei verschiedensten Exponenten der Wirtschaft an Akzeptanz gewonnen, auch wenn dies nicht überall offen diskutiert wird.

Die Arbeitslosigkeit und die verzweifelte Suche der Regierungen nach Auswegen und nach Möglichkeiten, eingegangene wohlfahrtsstaatliche Versprechungen doch noch zu halten, rücken dieses Szenario durchaus in den Bereich des Möglichen.

Talleyrand hat einmal gesagt, je weniger Regierungen ein klares Ziel vor Augen hätten, desto schneller würden sie laufen, um es zu erreichen. Hoffen wir, dass für ein Mal Talleyrand nicht recht bekommt. ✦

SPLITTER

Obwohl ich also einen gemeinsamen Markt bejahe, bin ich doch der Auffassung, dass auch in einem solcherart integrierten Europa die Lebens- und Produktionsbedingungen niemals einheitlich sein werden. In gewissem Sinne beruht die Funktion des Gemeinsamen Marktes ja gerade umgekehrt auf der Möglichkeit und Notwendigkeit einer fruchtbaren Ergänzung der einzelnen Länder nach Massgabe ihrer besonderen und unterschiedlichen Leistungskraft und der Vielfältigkeit der naturgegebenen und strukturellen Bedingungen.

Aus: Ludwig Erhard: Wohlstand für Alle, Düsseldorf 1957, S. 311

Walter Büsch,
geboren 1930 in Schaffhausen, studierte Wirtschaftswissenschaften an der Universität Zürich; nach der Promotion zum Dr. oec. war er als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Wirtschaftsforschung ETH (KOF) tätig. Lehrtätigkeit für Volkswirtschaft an verschiedenen Institutionen, 1982–1996 Rektor der Kantonsschule Enge.

Fragwürdiger Stabilitätspakt

Euro: Nationale Finanzpolitik ohne Kontrolle

«Wehe dem, der glaubte, man könnte Europa etwa zentralstaatlich zusammenfassen, oder man könnte es unter eine mehr oder minder ausgeprägte zentrale Gewalt stellen. Nein – dieses Europa hat seinen Wert auch für die übrige Welt gerade in seiner Buntheit, in der Mannigfaltigkeit und Differenziertheit des Lebens.»

Ludwig Erhard, Rede vom 23. März 1963, gehalten in Stockholm

Am EU-Gipfel, der Mitte Dezember 1996 in Dublin stattfand, standen nicht die Konvergenz-Kriterien betreffend die Inflationsraten der zukünftigen EWU-Länder, die langfristigen Zinsen oder die Bestimmungen über die Entwicklung der nationalen Wechselkurse vor der Aufnahme in die EWU im Brennpunkt der Gespräche im Mittelpunkt, sondern die Bedingungen, welche den Freiheitsgrad der nationalstaatlichen Finanzpolitik einschränken: das *Budgetdefizit* und die *Staatsverschuldung.*

Übermässige öffentliche Defizite müssen nach dem Maastrichter Vertrag vermieden werden; höchstens 3 Prozent des Brutto-Inland-Produkts (BIP) sind erlaubt, es sei denn, die Quote der Staatsverschuldung sei erheblich reduziert worden und liege in der Nähe des Referenzwertes von 60 Prozent des BIP. Die Staatsverschuldung darf 60 Prozent des BIP nicht überschreiten, es sei denn, die Staatsverschuldungs-Quote sei hinreichend rückläufig und nähere sich schnell genug dem Referenzwert.

Eine anhaltende, verstärkte Angleichung der wichtigsten Wirtschaftsstrukturen in den zukünftigen EWU-Ländern ist zweifelsfrei eine unabdingbare Voraussetzung für währungspolitische Integrationsschritte; dabei ist klar geworden, dass die fiskalpolitische Stabilitätspolitik nicht nur anfänglich – bis zum Eintritt der Länder in die Währungsunion – durchzusetzen ist, sondern auch in einer weiteren Zukunft. Dies war der Grund für die Lancierung des Stabilitätspakts durch den deutschen Finanzminister *Waigel,* der einen Automatismus bei den Sanktionen vorsah: Länder, welche das staatliche Defizit-Kriterium nicht einhalten würden, sollten mit einer Geldbusse belegt werden. Diese automatische, durch keinen politischen Entscheid innerhalb der EU umzustossende Bestrafung von Budgetsündern war ein, wenn nicht *das* Thema am EU-Gipfel in Dublin und in den Verhandlungen zuvor, welche insbesondere zwischen Frankreich und Deutschland auf höchster Ebene zu Spannungen geführt haben.

Untauglicher Versuch am untauglichen Objekt

Die Einnahmen- und Ausgabenpolitik des Staates hat Auswirkungen auf die konjunkturelle Lage; unter gewissen Voraussetzungen kann mit fiskalischen Mitteln eine Rezession in einem Land mehr oder weniger gemildert oder sogar verhindert werden. Es stellte sich also die Frage, wie gross eine rezessive konjunkturelle Entwicklung in einem Land sein müsse, um dessen Regierung zu erlauben, das Defizit – ohne Verhängung, vorerst, einer unverzinslichen Einlage, die bei anhaltend übermässigem Defizit nach zwei Jahren in eine Geldbusse umgewandelt würde, – über den Referenzwert von 3 Prozent zu erhöhen. Nach deutscher Überzeugung sollte eine Überhöhung des Defizits nur ausnahmsweise und vorübergehend ohne Sanktion gestattet werden, Frankreich dagegen wollte die straffreie Umgehung der 3-Prozent-Regel schon bei mildem Abschwung durchsetzen, weil allzu einschränkende Regelungen Abstriche an der nationalen Souveränität in Budgetfragen bedingen. Eine Einigung in dieser Frage konnte erst nach zähen Verhandlungen erzielt werden, welche die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Frankreich und der BRD stark belastet haben. Schliesslich wurde die folgende Regelung beschlossen:

- Rückgang von weniger als 0,75 Prozent des BIP: Das betreffende Land wird verpflichtet, die notwendigen Budget-Anpassungen innerhalb einer vorgeschriebenen Frist vorzunehmen. Falls dies unterbliebe, würde der Rat der Staats- und

Regierungschefs vom Mitgliedstaat eine unverzinsliche Einlage bei der Gemeinschaft von mindestens 0,2 Prozent und höchstens 0,5 Prozent des BIP einfordern, bis das übermässige Defizit nach Ansicht des Rates korrigiert worden ist. Sofern das übermässige Defizit innerhalb von zwei Jahren nicht beseitigt werden könnte, würde die verhängte Einlage in eine Geldbusse umgewandelt.

• Bei einem Rückgang des BIP zwischen 0,75 Prozent und 2 Prozent erfolgte nur dann eine Sanktion, wenn das betreffende Land keine besonderen Umstände, wie zum Beispiel einen plötzlichen Einbruch in der Produktion, geltend machen könnte.

• Falls der rezessive Einbruch mehr als 2 Prozent erreichte, hätte das betreffende Land keine Sanktion zu gewärtigen. Der Rat würde aber an den betreffenden Mitgliedstaat Empfehlungen richten mit dem Ziel, die wirtschaftliche Lage innerhalb einer bestimmten Frist zu verbessern.

Europäische Zentralbank unter Druck

Grundsätzlich sind alle Massnahmen zu begrüssen, die geeignet sind, eine stabilitätsorientierte Finanzpolitik der EWU-Staaten sicherzustellen. Dabei ist aber zu berücksichtigen, dass die Unterschiede in den wirtschaftlichen Strukturen der beitrittswilligen EU-Länder enorm sind, notwendige Anpassungen an veränderte wirtschaftliche Konstellationen bei einer Einheitswährung nicht mehr über Wechselkurs-Veränderungen der nationalen Währungen möglich sind und realwirtschaftliche Ausgleichsmechanismen – Anpassung der Löhne und Preise, Mobilität der Produktionsfaktoren, insbesondere der Arbeit – in Europa nur sehr eingeschränkt als flexibel einzustufen sind. In dieser Lage kommt der Fiskalpolitik, eingesetzt um die Stabilität einer Volkswirtschaft zu erhöhen, grössere Bedeutung zu. Gerade der Einsatz der Fiskalpolitik wird aber durch die in Dublin festgelegten Defizit-Kriterien erschwert. Zusätzlich wird der Spielraum der Finanzpolitik eingeschränkt durch die hohe Verschuldung einiger EU-Länder – Belgien beispielsweise – und der zunehmenden Belastung der Staatsbudgets, bedingt durch die hohe Arbeitslosigkeit in Europa einerseits, das Auseinanderdriften zwischen aktiver Bevölkerung und der immer grösser werdenden Zahl von Rentnern anderseits. Die Verzinsung der hohen Staatsschulden, die Einhaltung der Rentenverpflichtung und das zusätzlich auferlegte Defizit-Kriterium im Stabilitätspakt werden insgesamt für die Finanzpolitik der betroffenen Staaten ausserordentlich einengend wirken. Die meisten EU-Länder, insbesondere die bereits hochverschuldeten Staaten, welche in die Währungsunion aufgenommen werden, können daher makroökonomische Schocks aus eigener Kraft im besten Fall mildern, nicht aber verhindern. Sie sähen sich demzufolge veranlasst, von den folgenden drei Möglichkeiten Gebrauch zu machen:

Die meisten der zukünftigen EWU-Länder könnten makroökonomische Schocks aus eigener Kraft im besten Fall mildern, nicht aber verhindern.

Erstens: Sie können den Druck auf die Europäische Zentralbank (EZB) für eine expansive Geldpolitik erhöhen. Hält die EZB dem Druck nicht stand, trifft die in der Folge eintretende Inflation alle Nationen in der EWU, also auch die wirtschaftlich starken Länder, was vor allem Deutschland mit dem Stabilitätspakt verhindern wollte. Überdies wäre eine derartige Geldpolitik der EZB die Ursache für eine zur Schwäche neigenden europäischen Einheitswährung.

Zweitens: Sie können den Druck auf die reichen Länder der EU, vermehrt Subventionen an die weniger reichen EWU-Länder zu zahlen, erhöhen. Wer weiss, wie schwierig es in Bundesstaaten ist, einen wirkungsvollen Finanzausgleich zwischen Kantonen – in der Schweiz – beziehungsweise Ländern – in Deutschland – durchzusetzen, wird ermessen, mit welchen Problemen in der EWU zu rechnen wäre, in welcher die politische Union als Voraussetzung für derartige Entscheidungen nicht gegeben ist. Der wirkliche solidarische Charakter der EU würde spätestens dann klar zutage treten, wenn es darum ginge, Steuergelder, z.B. der deutschen Bundesbürger, via Brüssel in noch höherem Masse als bisher vor allem in südeuropäische Länder zu transferieren.

Drittens: Man kann versuchen, die Sanktionskriterien des Stabilitätspakts zu umgehen, mit statistischen Mitteln oder mit phantasievoller Rechnungslegung oder mit politischer Interpretation durch das zuständige Organ in Brüssel.

Die Sanktion, eine unverzinsliche Einlage von 0,2–0,5 Prozent des BIP leisten

zu müssen, und deren allfällige spätere Umwandlung in eine Geldbusse, kann grundsätzlich alle EWU-Staaten treffen, wie die Beispiele Deutschland und Frankreich zeigen, welche das Defizit-Kriterium von 3 Prozent nach Beurteilung der OECD sowohl 1996 als auch 1997 überschreiten werden. Gravierend wird der Eingriff in die budgetäre Entscheidungsfreiheit vor allem aber in wirtschaftlich schwachen Ländern, die bei externen Schocks besonders auf fiskalische Korrekturen angewiesen sind. Mit der Einheitswährung fehlt ihnen die Möglichkeit, eine bedrückende Wirtschaftslage über den Wechselkurs zu ändern. Wenn man ihnen zusätzlich die Budgetfreiheit weitgehend entzöge, bliebe ihnen nur, die oben erwähnten Szenarien zu nutzen, was unweigerlich zu politischen Spannungen führen würde.

Zusätzlich muss bedacht werden, wie die für die Verletzung des Referenzwertes im Stabilitätspakt vorgesehene Sanktion – die unverzinsliche Einlage in Milliardenhöhe in die Kasse der Brüsseler Gemeinschaft oder in einen entsprechenden Fonds – durch das defizitäre Land finanziert werden könnte. Da bliebe dann wohl nur der Schritt an den Kapitalmarkt. Am einheitlichen EWU-Kapitalmarkt würde dadurch der Zins tendenziell steigen, was in allen EWU-Staaten dazu führte, dass über die höhere Verzinsung der Hypotheken die Mieten angehoben würden, was einen ersten Teuerungsschub bewirkte mit Konsequenzen letztlich bei den Löhnen und Preisen. Der höhere Zinsaufwand würde auch die Investitionen negativ beeinflussen und dadurch Beschäftigung und Wirtschaftswachstum beeinträchtigen.

Eine Währung ohne das Vertrauen der Bevölkerung, der Wirtschaft und der Regierungen kann die Bewährungsprobe nicht erfolgreich bestehen.

Schlussfolgerung

Falls der Stabilitätspakt lasch ausgelegt oder überhaupt nicht durchgesetzt würde, müsste damit gerechnet werden, dass die EWU-Staaten das Defizit-Kriterium laufend verletzten. Das schlechte Beispiel einzelner Staaten könnte dabei Nachahmer finden und zu einer Spirale führen, welche die Nachfrage am EWU-Kapitalmarkt und damit die Zinsen zulasten aller EWU-Staaten erhöhen würde. Mehr oder weniger würde dadurch der Stabilitätspakt zur Makulatur. Der Druck auf die EZB für eine expansive Geldpolitik und auf die EWU-Länder für Finanzausgleichszahlungen wäre gleichwohl nicht auszuschliessen, dürfte aber geringer sein als bei harter Auslegung der Bestimmungen.

Die strikte Einhaltung des Stabilitätspakts anderseits würde – wie bereits dargelegt – den Kapitalmarkt durch die geforderten Einlagen beziehungsweise Geldbussen ebenfalls belasten. Zusätzlich aber würden wirtschaftlich schwach strukturierte Länder weitaus mehr Druck auf die EZB ausüben als bei lascher Anwendung des Pakts, was zu höheren Inflationsraten und stärkerer Abschwächung des Euro führen würde. Zusätzlich würden Transfer-Unterstützungsleistungen von den wirtschaftlich besser strukturierten EWU-Ländern vermehrt gefordert.

Der Stabilitätspakt kann somit das angestrebte Ziel, finanzpolitisches Wohlverhalten der EWU-Staaten durchzusetzen, weder bei strikter noch bei lascher Durchsetzung der Bestimmungen gewährleisten. Mit Sanktionen lässt sich die notwendige Finanzdisziplin der beitrittswilligen EU-Staaten nicht erzwingen. Erneut wird deutlich, dass ein einheitlicher Währungsraum ohne politische Union auf Dauer nicht durchgehalten werden kann. Mit anderen Worten: Auch die Finanzpolitik der EWU-Länder, damit auch die Sozial- und Lohnpolitik, letztlich die gesamte Wirtschaftspolitik, müsste im Lauf der Zeit vollumfänglich an die EU delegiert werden, wodurch dem Zentralismus in Europa in grossem Mass Vorschub geleistet würde. Die Gefahr der so entstehenden zentralistischen Bürokratie auf der Basis geringer demokratischer Entscheidungsfindung würde dadurch enorm wachsen. Ein derartiger Verzicht auf Souveränitätsrechte ist allerdings bis anhin nicht einmal in Frankreich und Deutschland auszumachen, und es ist nicht anzunehmen, dass sich daran in absehbarer Zeit etwas ändern wird. Damit aber steht die Einheitswährung Euro von Anfang an auf schwankendem Grund. Auf einer so unzureichenden Grundlage kann kein Vertrauen entstehen: Eine Währung ohne das Vertrauen der Bevölkerung, der Wirtschaft und der Regierungen aber kann die Bewährungsprobe nicht erfolgreich bestehen. ✦

Salman F. Rahman
ist Präsident des Saarc Chamber of Commerce and Industry und der Federation of Bangladesh Chambers of Commerce and Industry.

Liberale Entwicklungspolitik

Erfahrungen in Bangladesh

Die von John Locke, Adam Smith und John Stuart Mill entwickelten liberalen Gedanken wurden angesichts der Turbulenzen des zwanzigsten Jahrhunderts immer wieder als naiv und obsolet bezeichnet. Heute zeigt es sich aber, dass die Prinzipien des Liberalismus für die wirtschaftliche Entwicklung eine gesündere Basis darstellen als die vorherrschenden Entwicklungstheorien der letzten Jahrzehnte.

Es geht mir im folgenden darum, den Zusammenhang zwischen liberalen Ideen und wirtschaftlichem Wachstum aufzuzeigen. Das wirtschaftliche Wohlergehen ist für viele Menschen nicht das einzige Lebensziel. Aber ohne wirtschaftliche Grundversorgung bleiben die meisten höheren Werte des Lebens unerreichbar, was nirgends so klar zutage tritt wie in Südasien. Bei der in diesem Subkontinent verbreiteten Not und Armut sind Werte wie Demokratie, Menschenrechte und Liberalismus kaum ein Thema. Dort, wo die Kinder hungern, die Menschen an armutbedingten Krankheiten leiden oder dauernd unterernährt sind, stehen die Grundbedürfnisse im Vordergrund. Das Erreichen eines hinreichenden Existenzminimums ist eine Voraussetzung für das Anstreben immaterieller Ziele. Die wirtschaftlichen Existenzgrundlagen lassen sich aber am besten sichern, wenn die Wirtschaft liberalen Prinzipien folgt.

Die wirtschaftliche Entwicklung hat zwei Aspekte: das Wachstum des Wohlstandes der Individuen und die Verteilung dieses Wohlstandes. Der Weg der wirtschaftlichen Entwicklung in einem liberalen Umfeld führt durch eine Anzahl von Konflikten, die sich zunächst in einem Wachstumsdefizit auswirken. Die Absicht von Regierungen, das liberale Modell im Interesse der Entwicklung durch ein System des Interventionismus zu ersetzen, hat jedoch vollständig versagt. Sieben Aspekte dieses Versagens sind zu untersuchen und im folgenden mit möglichen Gegenstrategien aus liberaler Sicht zu konfrontieren.

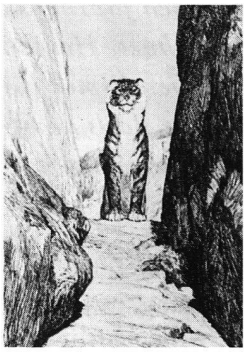
Der Liberalismus geht davon aus, dass die Menschen als rationale Wesen das wählen, was für sie das Beste ist. Solche Entscheidungen mögen eigennützig sein, doch sind sie weder dumm noch verrückt. Aus liberaler Sicht sind die Menschen durchaus fähig, vernünftige Urteile zu fällen, weshalb man ihnen die Möglichkeit der Wahl offenlassen sollte.

Mehr Vertrauen in die Rationalität

Im Gegensatz dazu herrscht in Südasien die Meinung vor, dass die Menschen – von traditionellen, falschen Ansichten geleitet – unfähig seien, sich sachgerecht zu entscheiden. Die Menschen werden für unwissend und desinformiert gehalten. Nur die führenden Leute in der Regierung seien in der Lage, für die gewöhnlichen Leute die richtige Wahl zu treffen und deren Interessen zu wahren. Es lässt sich jedoch nachweisen, dass diese Auffassung falsch ist. Das Volk kann seine eigenen Interessen besser wahren als die Regierung. Was Bauern und Gewerbetreibende entscheiden, entspricht eher dem gesunden Menschenverstand als das, was Regierungen entscheiden; denn die meisten Probleme sind viel komplexer, als Staatsbeamte meinen. Viele Aspekte, welche zur richtigen wirtschaftlichen Entscheidung führen, sind nur dem einzelnen Bauern oder dem Geschäftsmann bekannt. In der grossen Zahl von Interventionen, welche die Regierungen Südasiens vorgenommen haben, gibt es keinen einzigen überzeugenden Fall, wonach die Urteilsfähigkeit des gewöhnlichen Volkes derjenigen der Regierungsbeamten unterlegen gewesen wäre: Die Interventionen haben in der Regel das wirtschaftliche Wachstum nur behindert.

Vortrag an der Convention on Liberal Values der Friedrich-Naumann-Stiftung in Neu Delhi, 5./6. Januar 1996. Aus dem Englischen übersetzt von Beatrice Bissoli und Robert Nef.

Das liberale Bekenntnis zur Rationalität hat zwei Aspekte: *Erstens* muss den tatsächlichen Geschehnissen und der Art, wie die Welt funktioniert, die nötige Aufmerksamkeit geschenkt werden. Kleinbauern treffen bezüglich ihrer Erntemodelle die richtigen Entscheide, da sie auf Erfahrung und einer gesunden Einschätzung der Risiken und Erträge beruhen; wir sollten deshalb auf das hören, was sie uns sagen. *Zweitens* müssen wir uns unserer eigenen Unwissenheit und der Grenzen unserer Kenntnisse bewusst sein. Auch eine Regierung ist gezwungen, auf der Basis von Unwissenheit aktiv zu werden, und wer dies negiert, begeht die folgenschwersten Fehler. Die kommunistischen Länder haben im Namen eines falschen Verständnisses dessen, was man wusste und dessen, was man nicht wusste, schlimmste Verbrechen begangen. Die vernünftige liberale Einschätzung rationalen Verhaltens erkennt die Grenzen des Wissens und Vorauswissens. Wer diese Grenzen missachtet, stürzt in die Abgründe des Totalitarismus von *Stalin* und anderen Machthabern.



Max Klinger: «Erste Zukunft», Radierung, 1880, Kunsthaus Zürich.

Weniger Interventionismus

Eine der grössten intellektuellen Errungenschaften der Menschheit ist die Entdeckung des Wettbewerbs und die Erkenntnis, dass der Egoismus Gutes bewirken kann. *Adam Smith,* einem der Begründer des Liberalismus, war klar, dass die Prinzipien des Wettbewerbs und die Beseitigung der Handelshemmnisse das Gemeinwohl erhöhen würden. Dies bezieht sich sowohl auf die von der Regierung wie auch vom privaten Unternehmertum auferlegten Handelsrestriktionen. Diese Idee hat an Terrain gewonnen, und wiederholte Versuche, etwas anderes zu beweisen oder den zentralen Begriff des aus dem Wettbewerb hervorgehenden Wohlstandes zu widerlegen, sind gescheitert. Wer dies vergisst, tut dies auf eigene Gefahr, und wir haben es tatsächlich vergessen. Zu Unrecht deuten wir die Wirtschaftspolitik als einen Versuch, den Menschen aus Mitleid zu helfen oder ihnen irgendeinen Vorteil zu verschaffen; und zu Unrecht sehen wir im Wettbewerb einen Grund für das Versagen der Politik. In Südasien sind wir gewissermassen Spezialisten für das Hätscheln kranker Unternehmungen: Wenn ein Betrieb in Schwierigkeiten ist, erwarten wir von der Regierung, ihn zu retten, da wir den Untergang eines Unternehmens nicht mitansehen können. Dem guten Geld schlechtes nachzuwerfen und mit müssigen Versuchen schlechte Investitionen zu retten: Darin sind wir Experten geworden. Diese Interventionen durch die Regierung gehören jedoch zu den Hauptverursachern unserer Rückständigkeit. Die sozialistischen Länder haben mit dieser Methode ihr Volk in die Verarmung gestürzt; mit dem gleichen System hat man in Südasien das Volk arm gemacht.

Interventionen durch die Regierung gehören zu den Hauptverursachern unserer Rückständigkeit.

Wider den Mythos vom Marktversagen

Viele Regierungsinterventionen werden dadurch gerechtfertigt, dass man an ein Marktversagen glaubt. Früher war die Auffassung weitverbreitet, dass die Grösse hauptsächlich Vorteile biete, d. h. dass der Ertrag bei Grossproduktion zunehme und dass eine Produktion im kleinen Rahmen weniger rentiere. Und so begünstigte man das Entstehen von Monopolen, was wiederum zur Rechtfertigung von Regulierungen führte. Eine andere Form der Vorstellung des Marktversagens beruht auf dem Glauben, Geschäftsleute seien unfähig, Unternehmungen zu betreiben, was die Regierungen veranlasst, sich selbst diese Fähigkeit zuzuschreiben.

Man kann sich natürlich eine Menge verschiedener Arten des Marktversagens vorstellen, die angeblich alle einen Bedarf an Intervention und Regulierung durch die Regierung auslösen. Viele Südasiaten sind davon überzeugt, dass Marktversagen häufiger vorkomme als richtig funktionierende Märkte, und bei dieser Gelegenheit basteln dann unsere Bürokraten und Politiker daran herum und behaupten zu regulieren und zu kontrollieren. Meistens verdrehen sie jedoch nur die Tatsachen und führen höhere Transaktionskosten ein. Wenn sie dabei erfolgreich sind, besteht das Resultat gewöhnlich darin, dass sie einen funktionierenden Markt zerstören und das wirtschaftliche Wohlergehen beeinträchtigen.

Keine Überschätzung der Grosstechnologie

Adam Smith hat dargelegt, dass die Verbesserung der Technologie eine Quelle des

Reichtums ist. Nationen können durch die Nutzung natürlicher Ressourcen, durch Mehrinvestitionen oder durch rasche Zunahme der Zahl der Arbeitskräfte reich werden. Wenn jedoch das wirtschaftliche Pro-Kopf-Einkommen zunehmen soll, muss eine höhere Produktivität durch den Einsatz verbesserter technischer Methoden erzielt werden. Dies ist offensichtlich machbar, solange es einen technologischen Rückstand aufzuholen gilt. Die Wahl kapitalintensiver Methoden wird für einen bestimmten ersparten Betrag nur eine beschränkte Anzahl von Arbeitsplätzen schaffen. In diesem für Südasien so typischen ökonomischen Ansatz gibt es eine immer höhere Nachfrage nach Kapital, um grosse kapitalintensive Projekte zu finanzieren. Tiefe Zinssätze und ein leichter Zugang zu gelenkten Krediten führen genau zu diesen Resultaten. Dieser Versuch, in Asien fortgeschrittene kapitalintensive Techniken einzuführen, war wenig erfolgreich. Der liberale Ansatz verlangt, dass man sich auf die arbeitsintensiveren Techniken ausrichtet und nicht dem Glauben verfällt, Kapital sei so reichlich vorhanden, dass man es verschwenden könne. Tatsächlich nimmt die Kapitalverschwendung in der Geschichte unserer Entwicklung breiten Raum ein.

Grenzen der Besteuerung

Eine der Lektionen, welche uns der moderne Staat erteilt, besteht darin, dass es eine Grenze gibt für die Steuersätze, die von der Gesellschaft akzeptiert werden. Naiverweise führten die westlichen Demokratien Steuersätze ein, die so hoch waren, dass sie Anreize zerstörten und die Steuerumgehung begünstigten. Die Übertragung derselben Strukturen auf Asien zeitigte ähnliche Resultate. Als eine Massnahme eingeführt wurde, um mehr Einkommensgleichheit zu schaffen, haben diese Steuersysteme perverserweise die gegenteilige Wirkung erzeugt. Auch eine liberale Sicht der wirtschaftlichen Entwicklung anerkennt, dass es zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben finanzielle Mittel, d.h. Steuern, braucht. Die Bereitschaft, Steuern zu bezahlen, ist aber begrenzt. Deshalb wurde in Bangladesh das Steuersystem rationalisiert. Die weitere Entwicklung der Wirtschaft muss zwei Gesichtspunkte berücksichtigen: Sie muss einerseits die Grenze dessen anerkennen, was die Regierung ausgeben sollte – diese Grenze liegt tiefer, als die meisten bürokratischen Systeme gerne akzeptieren würden –, und sie muss andererseits darauf achten, dass die Staatseinnahmen nach den richtigen Prioritäten ausgegeben werden. In Südasien ist die Mittelverschwendung für Verteidigungszwecke das grösste Problem, dem wir begegnen müssen. Diese Ausgaben beschneiden die für Erziehung, Gesundheit und Infrastruktur vorhandenen Mittel und erzielen sehr wenig oder gar keinen öffentlichen Nutzen. Die Begrenzung der Zielsetzungen und der Lenkung durch die Regierung ist ein Aspekt der liberalen Überzeugung, der im Subkontinent kaum bekannt ist. Dafür wird die Rolle der Regierung grundsätzlich positiv beurteilt, was dann zum Postulat führt, man müsse ihren Einfluss in allen Lebensbereichen ausdehnen.

Naiverweise führten die westlichen Demokratien Steuersätze ein, die so hoch waren, dass sie Anreize zerstörten und die Steuerumgehung begünstigten.

Vieles am liberalen Gedankengut hat seine Wurzeln in der Zeit der Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten. Interessanterweise spielte dabei eine Steuerrevolte eine zentrale Rolle. Aus liberaler Sicht ist es entscheidend, dass die Macht der Regierung, das Steuervolumen und der Steuersatz begrenzt sind. Die ständige Verletzung dieser Forderungen bewirken jene Fesseln, die sowohl Arbeiter als auch Unternehmer binden. Eigentlich handelt es sich bei der hohen Besteuerung um nichts anderes als um die Anmassung politischer Macht durch eine elitäre Gruppe, welche versucht, ihre Ansichten aus Eigennutz allen anderen aufzuzwingen. In den Vereinigten Staaten bestand die Lösung der Steuerrevolte in der Entwicklung eines demokratischen Systems, in dem die repräsentative Regierung die Bevölkerung schützen sollte vor den exzessiven Steuerforderungen und der Ausgabe dieser Mittel für Zwecke, die für die Mehrheit des Volkes inakzeptabel waren. Soll das liberale Gedankengut auch in Entwicklungsländern zum Tragen kommen, so ist es auch im Bereich der Politik anzuwenden; denn nur demokratische Systeme, welche den Ansichten der Bevölkerung Rechnung tragen, sind in der Lage, den willkürlichen Gebrauch der Macht zum Zwecke der Steuereinziehung und den Einsatz öffentlicher Mittel für Zwecke, die

nicht der Gesellschaft dienen, zu vermeiden.

Diese Lektion müssen wir in Südasien noch lernen; demokratische Systeme sind ein wesentlicher Teil wirtschaftlicher Entwicklung.

Nicht: Grösse über alles

Der Liberalismus glaubt an Privatinitiative und Dezentralisation. Die Kombination dieser Ziele bewirkt ein beträchtliches Investitionsvolumen, das die Entwicklung kleiner Unternehmen von 10 bis 200 Mitarbeitern ermöglicht. Im Gegensatz dazu tendiert die staatlich gelenkte Wirtschaft zu Grossbetrieben. Kleinere Firmen sind aber produktiver, sie schaffen höhere Renditen, sind flexibler in ihren Operationen und können mit den für Entwicklungsländer typischen sich verändernden Märkten flexibel umgehen. Doch ausgerechnet solche Firmen sind in der Regel von der staatlichen finanziellen Unterstützung ausgeschlossen.

Ironischerweise gibt es eine starke Bewegung in Richtung *small is beautiful.* Dieses Postulat mag zutreffender sein als «gross ist gut», aber es muss nicht unbedingt höhere Kapitalrenditen bewirken. Die Verschiebung grösserer Ressourcen zu den Ärmsten – so wünschenswert und wertvoll dies an sich sein mag – ist nicht notwendigerweise der einzige und beste Weg zu wirtschaftlicher Entwicklung. Deshalb sollten wir darauf achten, nicht irregeleitet zu werden im Glauben, dass gezielte wirtschaftliche Handlungen, die den Ärmsten der Armen zugute kommen, uns aus der Armutsfalle herausführen.

Keine Vernachlässigung der Qualität

Eine der überraschenden Charakteristiken des nicht-liberalen Systems ist die naive Einstellung zur Technologie. Im dezentralisierten liberalen Entwicklungssystem trifft der individuelle Unternehmer die Entscheidungen über die Allokation von Investitionen und Ressourcen. Gewöhnlich ist er sich völlig bewusst, wie schwierig Technologie einzusetzen ist: Es ist ein Dauerkampf, die Produktivität zu erhöhen und die Einrichtungen instandzuhalten. In mancher Hinsicht ist dieser alltägliche Umgang mit der Technologie das eigentliche Herzstück der wirtschaftlichen Entwicklung. Im Gegensatz dazu ist die Regierung als Entwicklungsinstanz für diese Schwierigkeiten blind und sieht die Technologie als *black box,* die, einmal erworben, stets problemlos weiterfunktioniert. Das tiefe Wartungsniveau in den meisten regierungseigenen Einrichtungen und Fabriken liefert einschlägiges Anschauungsmaterial. Man braucht nur an das Desaster zu denken, von dem die sozialistischen Länder heimgesucht wurden, weil sie ausserhalb des militärischen Sektors die Produktequalität völlig vernachlässigt haben. Aus liberaler Sicht sind der Wettbewerb und die Notwendigkeit, die Produktivität zu erhöhen, das zentrale Anliegen wirtschaftlicher Entwicklung, vermutlich noch zentraler als die Kapitalbildung. Sozialistisch geprägte Länder und Länder in Südasien hängen der irrigen Auffassung an, dass es gerade das höhere Investitionsniveau sei, welches die Entwicklung fördert. Was Entwicklung bewirkt, ist aber die effiziente Produktion; wenn dann die meistens aus dieser Aktivität resultierenden Gewinne ein hohes Investitionsniveau ermöglichen, so ist das um so erfreulicher. Wenn man jedoch mit Investitionen ohne Produktequalität rechnet, landet man in der öden Landschaft des modernen Sozialismus.

Der alltägliche Umgang mit der Technologie ist das eigentliche Herzstück der wirtschaftlichen Entwicklung.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die am meisten irritierenden interventionistischen Thesen heute durch die Tatsachen gründlich falsifiziert sind. Der Liberalismus hat nun jene politischen Optionen zu spezifizieren, welche das politische Primat demokratischer Einrichtungen und Verfahren mit dem Vorrang für die Marktkräfte und die ökonomische Entwicklung durch ein freies Unternehmertum verbinden. Die Regierung darf sich nicht mit einer rein passiven Rolle begnügen. Sie ist für die Schaffung günstiger Rahmenbedingungen zuständig, die für eine optimale Durchführung einer solchen Politik notwendig sind. ✦